

DIE FREMDEN



Vor 30 Jahren fiel die Mauer, und damit endete die Trennung der beiden deutschen Wissenschaftssysteme. Der Kalte Krieg hatte auch in die Wissenschaft hineingewirkt. Im Westen dachten manche, die DDR sei eine „wissenschaftliche Wüste“, im Osten hatte man den Kontakt zu den Bruderstaaten bevorzugt. Die Menschen hatten einander verloren. Nach der Wende prallten die Welten aufeinander.

TEXT: DR. ANGELA LINDNER FOTOS: UNIVERSITÄT JENA

VOR DER ERNEUERUNG: DER WESTEN

Anfang der 90er-Jahre befindet sich die westdeutsche Wissenschaftslandschaft in einer Umbruchphase, Reformen sind überfällig. Allen ist klar, dass die Wissenschaft den Elfenbeinturm verlassen muss. Mehr Wettbewerb, Praxisnähe und Technologietransfer sind gefragt. Das „Spiegel-Ranking“ des gleichnamigen Nachrichtenmagazins sorgt für Empörung wegen der laienhaften Methodik, doch dass man Rankings braucht, ist (fast) unbestritten. Man diskutiert über „Entrümpelung von Studiengängen“, „Überlast“ und „Studienzeitverkürzungen“, das „Professorenloch“ und die „Überalterung des Nachwuchses“. Die geplante Besteuerung von Drittmitteln wird empört zurückgewiesen und der Bund aufgefordert, endlich seinen Verpflichtungen beim Hochschulbau nachzukommen. Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) streitet sich heftig mit der nordrhein-westfälischen Bildungsministerin und Kultusministerkonferenz-Präsidentin Anke Brunn (SPD) über die jeweiligen Zuständigkeiten. Immerhin setzt er im Bundeshaushalt zwei Sonderprogramme für die Hochschulen durch, im Juni 1990 das nach ihm benannte „Möllemann II“ mit vier Milliarden D-Mark zusätzlich für die folgenden zehn Jahre.

Die Hochschulen ihrerseits wollen „mehr Autonomie“, diskutieren den „Globalhaushalt“ und streben nach mehr Management und weniger Verwaltung. Statt „Versäulung“ fordert man mehr „Durchlässigkeit“ zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen – beispielsweise durch gemeinsame Professuren wie im Jülicher Modell. Teilweise heftig verläuft die Diskussion über das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Man einigt sich etwas vage, beide Hochschularten seien „gleichwertig, aber andersartig“. Es wird viel über die Reformen gestritten, nicht aber darüber, dass es welche geben muss. Und so werden sie ab Mitte der 90er-Jahre auch schrittweise umgesetzt.



Uni Jena, Französischzentrum, 1978.

OHNE PERSPEKTIVE: DER OSTEN

Die ostdeutschen Hochschulen sind bis zur Wende fest unter staatlicher Kontrolle. Die in der DDR herrschende Sozialistische Deutsche Einheitspartei (SED) hat die Hochschulen zu einem Teil des einheitlich geplanten und gesteuerten Bildungs- und Wissenschaftssystems gemacht, von leichten Liberalisierungstendenzen in den 70er-Jahren abgesehen. Wer grundlegende Reformen vorschlägt, wird zum Staatsfeind erklärt. Andererseits kann man internationale Entwicklungen nicht ignorieren. So gerät der obligatorische Russischunterricht seit den 80er-Jahren unter Druck mit dem Argument, man könne doch auf internationalen Tagungen nicht auf Russisch vortragen, wenn die russischen Kollegen ihre Ergebnisse auf Englisch präsentieren.

Insgesamt gibt es an den Universitäten – anders als im Westen zuweilen kolportiert – Lehre und Forschung. Der Marxismus-Leninismus gilt dabei als weltanschauliche Voraussetzung für jede Art von Wissenschaft und ist ein eigenes Fachgebiet. Zulassungsbeschränkungen zu Studium und Wissenschaft nach politisch-ideologischen Kriterien haben zur Folge, dass ganze Generationen für die Wissenschaft verloren gehen. Gleichzeitig bestehen – im Vergleich zum Westen – traumhafte Betreuungsverhältnisse. So stehen in der Chemie der Universität Jena gut 180 wissenschaftliche Mitarbeiter und 30 Professoren rund 300 Studierenden gegenüber.

Die Hochschulleitungen sind zentralistisch strukturiert und an die Weisung der SED gebunden. Es gibt Überzeugte und Opportunisten, doch die meisten Wissenschaftler suchen ihre Freiräume jenseits der vom System geforderten Be-

kenntnisse. Der Leopoldina gelingt die größtmögliche Distanz und internationale Anbindung. Die Infrastruktur an den Hochschulen ist landesweit in einer schlechten Verfassung. Zwanzig bis dreißig Prozent der baulichen Substanz sind schwer beschädigt, und die technische Ausstattung lässt zu wünschen übrig. Nur in den außeruniversitären Akademien der Wissenschaft sieht es besser aus.

DIE WENDE

Es ist paradox, dass die westdeutschen Strukturen ausgerechnet zu dem Zeitpunkt im Osten eingeführt werden, als sie im Westen schon als überkommen gelten.

Über die Ausgangssituation darf man sich keine Illusionen machen: Es ist ein Beitritt und keine Vereinigung. Der Mannheimer Soziologe Prof. Dr. Wolfgang Zapf wird Ende 1990 in der DUZ zitiert: „Die Mehrheit der Westdeutschen bejaht den Beitritt, aber ist nicht bereit ... zu wesentlichen Änderungen an ihrer Bundesrepublik.“ Für viele Menschen im Westen ist die Vereinigung ein gesellschaftlich und politisch gewünschtes, im Übrigen aber theoretisches Ereignis gewesen. Wie wenig selbst die Politik an eine Vereinigung geglaubt hatte, wird in der Bundeshauptstadt Bonn sichtbar. Dort gibt man wenige Jahre vor der Wende die bis dahin bewusst provisorisch gehaltene Unterbringung der Ministerien auf und errichtet herzeigbare Neubauten – auch die Zwillingstürme für die beiden Vorläuferministerien des 1994 gegründeten Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).

Für die Ostdeutschen ist die Wende dagegen ein ganz eigenes, tiefgreifendes und sehr reales Anliegen. „Die Notwendigkeit



Foto: Fotocentrum FSJ

Studentin, Arbeitseinsatz bei Schott, Jena 1961



Foto: Fotocentrum FSJ

Studentenclub „Zur Rosen“, Jena 1974

eines Neuanfangs war die Frucht der selbst erhobenen Freiheit und nicht ein Geschenk der Wiedervereinigung“, erklärt Hans Joachim Meyer später einmal das Selbstverständnis in der sich auflösenden DDR. Meyer, CDU, war von April bis September 1990 Bildungsminister der DDR und später Sachsens.

Die Hochschulen hätten „zum Erfolg des revolutionären Herbstes nicht erkennbar beigetragen“, so Meyer, aber sie hätten den ab November 1989 entstandenen Freiraum sofort für einen neuen Anfang genutzt. Und auch im Westen reagieren die Akteure sofort. Beide Seiten suchen frühzeitig und aktiv den Kontakt zueinander und gehen mit einem so schwindelerregenden Tempo ans Werk, dass noch vor dem Beitritt fast alle wegweisenden Schritte getan sind.

EVALUATION: EXISTENZFRAGE FÜR DIE WISSENSCHAFT OST

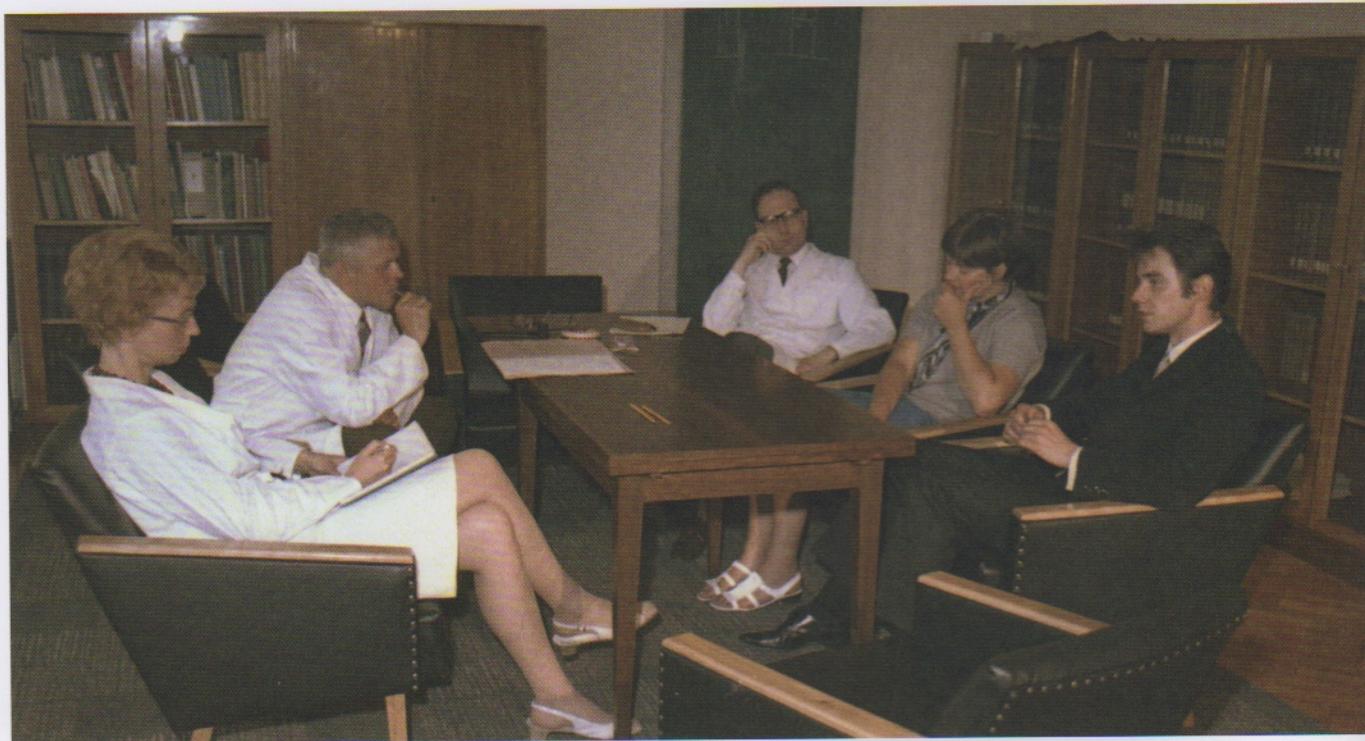
Dem Wissenschaftsrat fällt dann die Aufgabe zu, das Wissenschaftssystem der DDR zu evaluieren und Empfehlungen auszusprechen. Dabei geht es um Strukturen und Institutionen, aber auch um Personen. Die ersten Kommissionen beginnen ihre Begutachtungen im Oktober 1990, und schon in der ersten Hälfte 1991 veröffentlicht der Wissenschaftsrat seine ersten „Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen DDR“ sowie „Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins“. Die zehn beziehungsweise fünf Sammelbände dazu erscheinen 1992.

Parallel wird das wissenschaftliche Personal begutachtet. Drei Hürden müssen die DDR-Wissenschaftler (auf sich) nehmen.

Hürde 1: Die Ehrenkommission, die vor Ort über die persönliche Verstrickung in das System entscheidet, meist festgemacht an Stasi-Mitarbeit. Wie sensibel und belastet diese Prüfungen sind, zeigt das (Extrem-)Beispiel von Prof. Dr. Hans-Ulrich Mönning. Dem Rektor der Universität Weimar wird wegen vermeintlicher Verfehlungen in der Amtsführung nicht nur das Rektorenamt entzogen, sondern auch gleich komplett gekündigt – allerdings nicht über die Ehrenkommission, sondern durch den neuen zuständigen Minister Dr. Ulrich Fickel. Drei Jahre später wird Mönning vor dem Bundesarbeitsgericht komplett rehabilitiert und entschädigt. Er kehrt aber trotz zahlreicher Angebote bundesweit nicht mehr in die Wissenschaft zurück. Minister Fickel zieht sich kurze Zeit später aus der Politik zurück.

Hürde 2: Die wissenschaftliche Evaluation durch den Wissenschaftsrat, bei der es um die fachliche Qualifikation geht. Die Zusammensetzung der Kommissionen und die Kriterien sind vorgegeben, trotzdem kommt es zu teils fragwürdigen Ergebnissen. Die einen halten die DDR anfangs für eine „wissenschaftliche Wüste“, wie es er damalige Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Dr. Hans Zacher, ausdrückt. Er bedauert später diese Einschätzung. Andere Kommissionsmitglieder sind sehr streng, weil sie nicht die Fehler im Umgang mit Nazigrößen nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholen wollen.

Hürde 3: Stellenstreichungen. Trotz positiver persönlicher und fachlicher Evaluation landen viele Wissenschaftler auf der Straße. Und geraten, weil man ihnen den Grund für die „Freisetzung“ nicht ansieht, öffentlich in ehrenrührige Erklärungsnot.



Drei Profs, zwei Studierende, mündliche Prüfung. Uni Jena 1970

Am Ende geht eine große Zahl qualifizierter Forscher der Wissenschaft verloren. Als Prof. Dr. Dieter Simon 1993 seine Amtszeit als Vorsitzender des Wissenschaftsrates beendet, hadert er in einem ZEIT-Interview: „Das Wissenschaftssystem hat sich blamiert durch das Ausmaß an Ignoranz bei der Evaluation.“ 25 Jahre später erklärt er milder gestimmt: „Dieses eine Jahr haben wir bis zum Umfallen gearbeitet. Es war ein einzigartiges Ereignis. Unter den gegebenen Bedingungen haben wir das Beste rausgeholt. Hervorragend ist es nicht. Wir konnten es nicht besser.“

DREISSIG JAHRE SPÄTER

Im Jahr 2019, dem Jahr, in dem sich der Mauerfall zum dreißigsten Mal jährt, ist über vieles Gras gewachsen und kann sich die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft sehen lassen. Es stehen flächendeckend Hochschulen zur Verfügung, kein Bundesbürger wohnt weiter als 60 Kilometer vom nächsten Standort entfernt – egal ob in Ost oder West. Neue Hochschulen sind entstanden, überwiegend Fachhochschulen. Sie seien mit ihren Konzepten und Kooperationen denen im Westen „meilenweit voraus“, sagt Josef Lange, Berater zahlreicher Hochschulen im Osten und in den 90er-Jahren Generalsekretär der HRK. Die Universitäten haben sich zu einer stabilen Größe entwickelt, und es sind etliche Standorte der Spitzenforschung entstanden, etwa in Dresden, Greifswald, Leipzig oder Jena. Ein wichtiger Schlüssel ihres Erfolges ist die enge Zusammenarbeit mit außeruniversitären Einrichtungen, die in ihrer Nähe angesiedelt wurden.

Die Ausstattung an den Hochschulen im Osten ebenso wie Lehrangebot und Studienorganisation seien mindestens so

gut wie im Westen, lautet das Urteil der Studierenden in einer Studie des CHE Centrum für Hochschulentwicklung. Ein Drittel Westdeutsche studieren an den Universitäten im Osten. Leipzig hat sich sogar zu einer der „Schwarmstädte“ in Deutschland entwickelt, einem Hotspot der jungen Generation. Auch kommen Nachwuchswissenschaftler gerne in den Osten. Stimmt das fachliche und familiäre Umfeld, bleiben sie auch – in Jena beispielsweise 50 Prozent der Erstberufenen.

Die Performancestudie des CHE zeigt – bei allen Unsicherheiten der Erhebung – aber auch, wo die Probleme sitzen: Zwar schneiden die Ostuniversitäten in vielen Einzelaspekten sehr gut ab, sind teilweise sogar besser als die Hochschulen in Westdeutschland. Im Mittel können sie aber nicht mithalten. „Leistungsgedämpft“, sagt Prof. Dr. Peer Pasternack, Hochschulforscher in Halle-Wittenberg, dazu. Manche Probleme sind einfach nur typisch für strukturschwache Regionen, ob Ost oder West. Doch es gibt auch Defizite, die als Spätfolgen auf die Vereinigung zurückzuführen sind.

NACHWEHEN, ALTLASTEN, ZUKUNFT

Thema Abwicklung: Bei vielen Menschen sitzen die Wunden der Nachwendezeit bis heute tief. Das gilt auch für damals bereits etablierte Wissenschaftler. Zwar wurde beispielsweise in Rostock „knapp 90 Prozent bescheinigt, dass sie sich nichts vorzuwerfen hatten“, berichtet Prof. Dr. Wolfgang Schareck, Rektor der dortigen Universität. Doch war bei denen, die auf der Straße landeten, nicht immer erkennbar, ob das wegen der persönlichen Prüfung passierte, wegen der fachlichen Evaluation oder aus rein fiskalischen Erwägungen, welche mit der Erneuerung der Institution häufig nichts zu tun hat-



Studenten aus Nigeria beim Sprachunterricht, Universität Jena, 1983

Foto: Peter Schöne / FSU

ten. Damit geriet so mancher in unwürdige Erklärungsnot – abgesehen davon, dass die jeweiligen „Urteile“ nicht immer zu Recht ergingen. „Diese Hypothek von 1990 bleibt und ist nicht mehr reparabel“, sagt Peer Pasternack, der für eine ideelle Wiedergutmachung unverschuldet ausgeschiedener Wissenschaftler plädiert.

Thema Bezahlung: Für eine typische Altlast aus den Wendejahren hält Prof. Dr. Walter Rosenthal, Präsident der Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Einstellung zur Höhe von Gehältern, egal ob in Verwaltung oder Wissenschaft. Seinerzeit seien viele froh gewesen, überhaupt einen Job an der Hochschule zu bekommen, auch für wenig Geld. Daher bestehe bis heute selbst innerhalb der Hochschulen häufig der Eindruck, dass niedrigere Gehälter akzeptabel seien. So sei es schwierig, im Wettbewerb mit dem Westen Spitzenleute zu gewinnen oder zu halten. HRK-Präsident Alt findet deutlichere Worte: „Alarmierend“ nennt er die Besoldungsdifferenzen zwischen Ost und West für Stellen mit identischer Aufgabenbeschreibung und Einstufung. Bei W3-Stellen betrage der Unterschied bis zu 1400 Euro. Außer Sachsen befänden sich alle neuen Bundesländer bei der Besoldung im unteren Drittel, kritisiert Alt und stellt klar: „Das hat nicht mit armen und reichen Ländern zu tun, sondern eindeutig mit Ost/West.“

Thema Infrastruktur: In den Augen der Studierenden ist die Ausstattung an den Ost-Universitäten besser als im Westen – noch. Denn der Vorsprung hat sich seit der Befragung vor zehn Jahren deutlich reduziert. So wurde Thüringen vom bundesweiten Primus auf die unteren Ränge durchgereicht. Jenas Präsident Rosenthal sagt dazu: „Wir brauchen in erster Linie Mittel für die Infrastruktur, um gute Leute zu gewinnen

und zu halten.“ Hier sieht er eine klare Aufgabe für den Bund. Von einer Ost-Quote, also einer Extra-Förderung für die neuen Länder, hält er allerdings nichts: „Fördermittel dürfen auf keinen Fall wie Almosen wirken, sondern müssen streng qualitativen Maßstäben genügen.“ Der Generalsekretär der Volkswagenstiftung, Wilhelm Krull, plädiert für eine gezielte Förderung, „wenn man verhindern will, dass die Ost-Hochschulen weiter zurückfallen“. Sonderprogramme für den Hochschulbau würden zwar von allen Ländern benötigt – im Westen sogar noch mehr. „Aber wenn die Studierendenzahlen immer mehr zur Finanzierung der Grundausrüstung herangezogen werden, muss es angesichts der demografischen Entwicklung vor allem für die ostdeutschen Universitäten eine Qualitätsoffensive geben“, sagt Krull. Und wenn ab 2020 bundesweit die Schuldenbremse für alle gelte, müsse jenseits spezieller Förderpakete darüber geredet werden, wie zuverlässige Strukturen im Osten geschaffen werden können: „Es reicht nicht, die Länder wie nach der Föderalismusreform allein zu lassen.“

Welche Strategie es auch sein wird: Zu den Voraussetzungen für eine gute Zukunft gehört, auf Augenhöhe, gleichberechtigt und mit Verständnis zu diskutieren. „Der größte Fehler der Evaluation 1990 war, das DDR-System nicht zu verstehen“, sagt Hochschulforscher Pasternack. „Neue Forschungslinien aufzubauen oder auch durchaus gute vorhandene Wissenschaft weiterzuentwickeln und ein klares Profil zu entwickeln, braucht Zeit“, sagt der Jenaer Präsident Rosenthal. – Man kann sich verlieren in der Analyse dessen, was gut und was schlecht gelaufen ist. Deshalb hat HRK-Präsident Alt wohl Recht, wenn er dafür plädiert, dass Historiker in einer großen Studie einmal die „außerordentlich komplexen Ereignisse seit dem Mauerfall“ aufarbeiten sollten. //

BLITZLICHTER

Wie es nach dem Mauerfall weiterging

NOVEMBER/DEZEMBER 1989:

Unübersichtliche Lage nach der Maueröffnung. Ein Treffen von Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann mit dem DDR-Hochschulminister Hans-Joachim Böhme wird abgesagt, weil Böhmes Rücktritt bevorsteht.

Die grenznahen Universitäten in Westdeutschland richten sich auf einen Ansturm von Studieninteressenten aus der DDR ein. In Westberlin stellen DDR-Bürger wöchentlich 150 Anträge auf Anerkennung ihres DDR-Abiturs.

JANUAR 1990:

Die Volkskammerwahlen werden von Mai auf März vorverlegt.

Die Universität Leipzig beruft Kurt Biedenkopf für das Fach Wirtschaftspolitik und damit den ersten Gastprofessor aus dem Westen. Er bleibt aber nur für wenige Monate.

FEBRUAR 1990:

Die Berliner Universitäten schließen eine erste Kooperationsvereinbarung.

Dieter Simon erklärt anlässlich seiner Wiederwahl als Vorsitzender des Wissenschaftsrates, die Vereinigung berge „die große Chance, Fehler zu vermeiden“, und beschwört, „die Mithilfe einer selbstkritischen westdeutschen Hochschulverwaltung für die DDR zu nutzen“.

MÄRZ 1990:

Die Volkskammer beschließt den Beitritt der DDR zur BRD.

Die DDR-Hochschulen fordern eine aktive Rolle im Erneuerungsprozess und gründen „Runde Tische“.

APRIL 1990:

BRD-Bildungsminister Jürgen Möllemann appelliert, „die Leistungen im jeweils anderen deutschen Staat zu respektieren“.

MAI 1990:

Möllemann und sein DDR-Kollege Hans Joachim Meyer gründen die „Deutsch-Deutsche Bildungskommission“.

JUNI 1990:

Fast jede westdeutsche Hochschule hat nun eine Partneruniversität in der Noch-DDR.

Meyer und die KMK-Minister bitten den Wissenschaftsrat, das DDR-Hochschulwesen zu bewerten und Vorschläge für eine neue Struktur zu machen.



Foto: Morgana Barblomei/Unsplash

JULI 1990:

Der Wissenschaftsrat stellt in zwölf Empfehlungen die „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“ vor, die Basis für alle weiteren Schritte zu Evaluation und Erneuerungsprozess.

Der Erlanger DDR-Forscher Clemens Burrichter schätzt, dass bis Ende des Jahres rund 90 000 Personen und damit die Hälfte aller in Forschung und Entwicklung Tätigen ihre Kündigung erhalten werden. Er warnt vor einem „bedenklichen Protestpotenzial“.



Foto: Ralf Roletschek/Wikimedia Commons

AUGUST 1990:

Die DDR-Universitäten melden 7000 zusätzliche Studienanfänger.

Der Wissenschaftsrat beschließt die für alle Kommissionen bindenden „Bewertungskriterien für die Bestandsaufnahme der außeruniversitären Forschungseinrichtungen der DDR“.

SEPTEMBER 1990:

Der Verwaltungswissenschaftler Ulrich Battis verweist auf die rechtlich vorgeschriebene Einzelfallprüfung; ganze wissenschaftliche Fächer könnten nicht „pauschal wegen politischer Instrumentalisierung“ verworfen werden.

DDR-Bildungsminister Meyer teilt mit, dass er vor seinem Ausscheiden noch 240 Berufungen „in dringenden Fällen“ aussprechen wird. Sein Kollege Möllemann rät davon ab, weil sonst womöglich der „Reformprozess aufgehalten“ würde.



Foto: Morgana Barolomei/Unsplash

OKTOBER 1990:

Die ersten Kommissionen nehmen ihre Arbeit auf und evaluieren an der Universität Jena die Fächer Physik und Jura.

Die Akademie der Wissenschaften und die Rektorenkonferenz der DDR werden aufgelöst.

Der nun Ex-DDR-Bildungsminister Meyer teilt mit, er habe in seiner Amtszeit (April bis September 1990) 1504 Hochschullehrer entlassen, davon 506 aus dem Fach Marxismus-Leninismus (ML), sowie 308 Hochschullehrer berufen. Auch ließ er alle ML-Fachbereiche schließen.



Foto: Ralf Roletschek/Wikimedia Commons

NOVEMBER 1990:

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Fachhochschulrektorenkonferenz werden aufgelöst und in Hochschulrektorenkonferenz umbenannt.

Meyer bilanziert zum Amtsabtritt die Ereignisse seit dem Mauerfall: „Das Kopieren bundesdeutscher Konzepte hat den Prozess der Erneuerung eher behindert.“

DEZEMBER 1990:

Der Wissenschaftsrat empfiehlt, kurzfristig 600 Millionen D-Mark für den Hochschulbau in den neuen Ländern vorzusehen, danach seien 700 Millionen pro Jahr „für einen Mehrjahreszeitraum“ erforderlich.